

Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

April 2017

Nr. 04 · 13. Jahrgang

Es bleibt dabei: Eine „Stadtmitte für Alle“

Das neue Potsdamer Bündnis „Stadtmitte für Alle“ gründete sich offiziell am Sonntag, 12. März, mit einer spektakulären Aktion auf dem Alten Markt der Landeshauptstadt. „Wir holen uns die Stadt zurück - und nehmen Platz am Alten Markt. Dieser wird ... zum Außenwohnzimmer - mit Sofas, Stühlen und einem Mitbring-Buffer. Picknick auf dem Alten Markt. Wir holen drei Sofas,



Nach Redaktionsschluss



„Im Namen des Vereins der Bundestagsfraktion DIE LINKE e.V. habe ich am 28. März 2017 eine Spende an den Chill out Potsdam für ein interessantes Projekt ‚Vorbereitungsworkshop für Festivalinterventionen‘ übergeben. Die ehrenamtlich arbeitenden Freiwilligen werden zu Beginn jeder Festivalsaison durch einen mindestens ein-, z.T. auch zweitägigen Workshop in den Gebieten der akzeptierenden Drogenarbeit, Substanzkunde, Erste Hilfe im Drogennotfall, PsyAmbulanzarbeit und rechtlichen Fragen geschult. Ich wünsche viel Spaß und Erfolg“, Norbert Müller (MdB)

Teppiche, einige Tische, Malkreide und platzieren uns rund um den Obelisk“, so hatten die Initiatoren zur Teilnahme aufgerufen. Und eine Vielzahl von PotsdamerInnen waren diesem Aufruf gefolgt.

Das Bündnis ist ein Zusammenschluss von mehr als einem Dutzend Potsdamer Initiativen und Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen. So u. a. vom Kreisverband der LINKEN.Potsdam mit dem Bundestagsabgeordneten Norbert Müller, der Landtagsabgeordneten Anita Tack und dem Kreisvorsitzenden der LINKEN, Sascha Krämer.

Das Bündnis fordert und praktiziert öffentliche Mitsprache bei der weiteren Entwicklung der Potsdamer Mitte. Die lebendige Stadt Potsdam benötigt in ihrem Stadtzentrum neben bezahlbarem Wohnraum und von MieterInnen initiierten Wohnprojekten dringend Räume für Bildung und Innovation, Präsentation und gesellschaftliches Miteinander. Das Bündnis

„Stadtmitte für Alle“ versteht die weitere Entwicklung der Innenstadt als wichtigste soziale Frage der Stadt und wird seine Forderungen mit Aktionen, Veranstaltungen und Interventionen in die Stadtmitte tragen. Damit will das neue Bündnis eine neue Debatte über die Zukunft unserer Stadt und ihrer Mitte anstoßen.

Anita Tack betonte nach der Aktion auf dem Alten Markt: „Der geplante Abriss des Ensembles Staudenhof mit Fachhochschule und des Wohnblocks mit 184 Wohnungen mit sozialverträglichen Mieten ist keine hinreichende Antwort auf das Anliegen des Bürgerbegehrens. Potsdams Mitte muss für alle da sein und soll in öffentlicher Hand verbleiben. Privatisierung ist der falsche Weg!“ Und Sascha Krämer erklärte: „Die Aktion hat gezeigt, die Mitte lässt sich nur gemeinsam, mit der Stadtgesellschaft entwickeln. Die Diskussion wird weiter gehen.“

1. Mai – wir sind dabei!

Der Internationale Tag der Arbeit startet in der Landeshauptstadt um 10.00 Uhr an der Alten Post am Platz der Einheit mit einem Demonstrationzug.



Um 11.00 Uhr beginnt dann am Steubenplatz vor dem Landtag ein Familienfest, das der Deutsche Gewerkschaftsbund, DIE LINKE, die SPD und die GRÜNEN gemeinsam organisieren.

Für den richtigen Ton sorgen mehrere Bands. So „Nah.Dran“, ein Gesangsduo, das sich dem politischen Lied widmet.

Politisch stehen natürlich im Wahljahr 2017 die Bundes- aber auch die Stadt- und Landespolitik im Mittelpunkt. Erwartet werden bekannte PolitikerInnen. An den Polit-Talks nehmen u. a. von Seiten der LINKEN das Mitglied des Bundestages und Potsdamer Direktkandidat für die Bundestagswahl Norbert Müller sowie die Landtagsabgeordnete Anita Tack teil. Das Fest endet 16.00 Uhr.

Den konkreten Programmablauf lesen Sie in unserer Mai-Ausgabe, die bereits in der Woche vor dem Maifeiertag erscheinen wird.

Asylrecht und Flüchtlingsschutz jetzt und hier!

Bundes- und europaweiter Aktionstag am 18. März gegen Rassismus, Faschismus und Austerität

Bund, Länder und Kommunen haben eine neue Gangart eingelegt: Sinkende Anerkennungs- und steigende Abschiebezahlen bestimmen die aktuelle Politik. Auch Brandenburgs Landeshauptstadt Potsdam kurbelt die Abschiebemaschinerie an und setzt auf die Entsolidarisierung der Gesellschaft. Dagegen rief die Initiative „Potsdam-Konvoi“ für den 18. März 2017 vom Nauener Tor bis zum Steubenplatz am Landtag zu Protest und Widerstand auf: „Für das Recht zu kommen, zu gehen und zu bleiben. Asylrecht und Flüchtlingsschutz jetzt und hier!“ Rund 300 PotsdamerInnen sind dem Aufruf gefolgt.

Das Asylrecht ist ein Individualrecht und



darf nicht durch pauschale Bewertungen von Herkunftsländern ausgehebelt werden. Die Initiative verlangt von Brandenburg, sich nicht zum verlängerten Arm einer verfehlten bundesweiten Asylpolitik zu machen. Die Landesregierung soll klar und öffentlich Stellung gegen Abschiebungen in das Kriegsgebiet Afghanistan beziehen! Afghanistan ist kein sicheres Land!

Die Initiative fordert weiter den Zugang zu einem fairen und individuellen Asylverfahren statt nächtliche und unangekündigte Abschiebungen nach dem Dublin-Abkommen! Potsdam muss Farbe bekennen und Verantwortung für hier lebende Geflüchtete übernehmen.

Die Unterbringung von Asylsuchenden darf nicht dubiosen Sicherheitsunternehmen obliegen. Für eine menschenwürdige Unterbringung von Schutzsuchenden inmitten der Potsdamer und Brandenburger Gesellschaft! Für eine Unterbringung in Wohnungen!

Allen LeserInnen unserer Zeitung „Potsdams andere Seiten“



wünschen wir ein FROHES OSTERFEST!

Informationen der Redaktion

Die Mai-Ausgabe von „Potsdams andere Seiten“ erscheint schon am 27. April 2017.

Redaktionsschluss ist dann am 20. April.
Die Redaktion

Bomben auf Potsdam

Am 14. April 1945 treffen die Bomben auch Potsdam. Die Rote Armee kämpft bereits in den Vororten von Berlin, und im Westen haben die Alliierten die Elbe erreicht. Flüchtlinge ziehen seit Monaten durch die Stadt. Tag für Tag heulen die Sirenen, die die Bomberstaffeln der Alliierten ankündigen. Über Potsdam fliegen sie jedoch stets hinweg, um ihre todbringende Fracht über der „Reichshauptstadt“ abzuwerfen. Als nachts um 22.15 Uhr wieder einmal die Sirenen ertönen, glaubt kaum jemand, dass Potsdam das Ziel des Angriffs sein wird. Leuchtbomben haben ein Viereck markiert, in dessen Mitte der Bahnhof steht. Dort befinden sich auch ein Truppentransport sowie ein Munitionszug, die an die nahe Front gebracht werden sollen.

Martha Schneider, damals wohnhaft in

der Babelsberger Luisenstraße (heute Wollestraße), erinnerte sich: „Wir nahmen das Ganze nicht mehr ernst. Doch plötzlich kam der Ruf, die Weihnachtsbäume stehen über Potsdam“. Wir gingen auf die Straße und schauten hinüber nach Potsdam. Und dann ging's ganz schnell wieder in die Luftschutzkeller.“ Dann fallen die Bomben. Die 724 Flugzeuge der Royal Air Force werfen in nur 30 Minuten 1752



Bomben ab. Nach zwanzig Minuten ist alles vorbei. Nun steht die Stadt in Flammen. Elend, Zerstörung und Leid haben jetzt auch Potsdam eingeholt. Der Sachbuchautor Jörg Friedrich kommt auf 5.000 Opfer.

Die Garnisonkirche hat den Angriff überstanden, doch herübergewehete Glut setzt den Turm in Brand. Die Kirche brennt bis auf die Grundmauern nieder. Das ist nur die erste Prüfung für die Stadt. Wenige Tage später rückt die Rote Armee von Norden und Süden heran, um den Ring um Berlin zu schließen. Als Potsdam zur Festung erklärt wird, fällt im Trommelfeuer der sowjetischen Artillerie all das in sich zusammen, was das Bombardement überstanden hat. Am 27. April weht über der Ruine des Stadtschlosses die Rote Fahne. Gekämpft wurde noch weiter. Die Deutschen wichen erst am 30. April vor der Roten Armee aus der Stadt. -bm

KALENDERBLÄTTER MÄRZ

1317

„oppidum“ – Potsdam

Potsdam wird am 5. April erstmals urkundlich als Stadt (oppidum) erwähnt.

1907

Neuendorf und Nowawes vereint

Vereinigung von Neuendorf und Nowawes zu „Nowawes“ auf der Grundlage eines am 1. April zwischen beiden Gemeinden abgeschlossenen Vertrages.

1942

Kartoffeln auf Bezugsschein

Am 11. April veröffentlicht die „Potsdamer Tageszeitung“ eine amtliche Mitteilung: „Kartoffelversorgung. [...] In der Woche vom 13. bis 19. April 1942 werden an alle bezugsberechtigte Verbraucher im Bereich des Ernährungsamtes Potsdam je Kopf fünf Pfund Kartoffeln durch die Einzelhändler zur Verteilung gelangen. Bezugsberechtigt sind diejenigen Verbraucher, die einen Kartoffelvorrat nicht mehr haben und im Besitz des Kartoffelbezugsausweises sind. Beim Einkauf haben die Verbraucher ihrem Kleinverteiler den Abschnitt 2 des Kartoffelbezugsausweises abzugeben. [...] Unberechtigter Bezug wird gemäß Verbrauchsregelungs-Strafverordnung vom 26. November 1941 streng geahndet.“ (PT, 12. 04. 1942)

1952

„Werkstätiger unter Werkstätigen“

Auf der Landeskonferenz Brandenburg des Deutschen Schriftstellerverbandes vom 26./27. April spricht der Schriftsteller Kuba (i.e. Kurt Bartels) über die Aufgaben des deutschen Schriftstellers und hebt hervor: „Ausgehend von der Stellung des Schriftstellers in der Gemeinschaft, fordert er, dass gerade dieser seine Rolle und seine Aufgabe als Werkstätiger unter Werkstätigen erkenne, denn nur so könne er aus der Wirklichkeit für die Wirklichkeit schaffen.“ (MV, 01. 05. 1952); Peter Nell wird zum Vorsitzenden wiedergewählt; zum Vorstand gehören ferner: Hans Marchwitza, Erwin Strittmatter, Karl Stitzer, Helmut Preißler, Joachim Boeckh und Hermann Werner Kubsch

1962

Sinfonieorchester im „Walter Junker“

Der Kreisvorstand Potsdam-Stadt des FDGB und der Kreisvorstand Potsdam-Stadt der IG Energie/Post/Transport veranstalten am 10. April zum 1. Jahrestag des Bestehens des „Potsdamer Sinfonieorchesters der Werkstätigen“ im Klubhaus „Walter Junker“ ein Konzert. Das Orchester im ersten Jahr seines Bestehens 28 Feierstunden und Veranstaltungen mit gestaltet unter der Leitung von Otto Wendt. Kollegin Christine Roßner vom Kreisvorstand des FDGB begrüßt die Gäste. Es erklingt Musik von Georg Friedrich Händel, Wolfgang Amadeus

Mozart und Max Bruch; als Solist (Violine) tritt Dr. Richard Söring auf.

1967

URANIA und Kosmonauten

Das URANIA-Vortragszentrum ermöglicht am 23. April erstmals die Teilnahme an einem Modelltest von Ozeanriesen und Binnenschiffen in der Schiffsbauversuchsanstalt des Instituts für Schiffbau Rostock in Marquardt. In dem 28 m langen, 9 m breiten und 4,50 m tiefen Becken werden Schiffsmodelle auf ihre Einsatzmöglichkeiten hin getestet. -rt

1987

Grundstein für Sternkirche

Am 20. April findet die Grundsteinlegung für die evangelische Kirche im Wohngebiet Am Stern in Anwesenheit des Bischofs Gottfried Forck statt.

2007

Jugendweihestart im Schlosstheater

Der Humanistische Verband startet am 28. April im Schlosstheater des Neuen Palais mit der Jugendweihesaison 2007. Rolf Kutzmutz, Linkspartei.PDS-Stadtverordneter von Potsdam, hält die Festrede vor 18 Jugendlichen. Er hebt hervor: „Vergesst das Unvergessliche, eure Kindheit, nicht“ (Erich Kästner) und „Macht was aus eurer Jugend, denn das ist die Jahreszeit der Hoffnung“ (Rolf Kutzmutz).

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; Sascha Krämer, Vorsitzender. Zepelinstraße 7, 14471 Potsdam.

REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam Bernd Martin (V.i.S.d.P.); H. Jo. Eggstein, Layout; Renate Frenz, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.

DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Von gleicher Bezahlung für Frauen noch weit entfernt:

Das Entgelttransparenzgesetz

Frauen werden am Arbeitsmarkt benachteiligt. In Deutschland sogar besonders stark. Während der sogenannte Gender Pay Gap, also die Differenz zwischen dem durchschnittlichen Brutto-Stundenlohn von Frauen und Männern, innerhalb der Europäischen Union bei 16 Prozent liegt, sind es in Deutschland sogar 21 Prozent. Ein Teil dieser Lohnlücke lässt sich durch direkte Diskriminierung von Frauen in den Unternehmen erklären. Der wichtigste Faktor ist allerdings die strukturelle Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Sie arbeiten deutlich häufiger in Jobs, die im sogenannten Niedriglohnsektor angesiedelt sind, häufig auch auf Dauer in Teilzeit und sind seltener in Führungspositionen vertreten. Für Frauen bedeutet der Gender Pay Gap ein akutes Armutrisiko. Denn was als Lohnlücke beginnt, führt zu deutlich geringeren Renten, und häufig zu Altersarmut.

Mit dem geplanten Entgelttransparenzgesetz will nun die Bundesregierung das Gebot des gleichen Entgelts für Frauen und Männer bei gleicher und gleichwertiger Arbeit durchsetzen, also insbesondere gegen die direkte Diskriminierung von Frauen in Unternehmen vorgehen. Die Mittel hierzu

sollen mehr Transparenz und Freiwilligkeit sein. So sollen ArbeitgeberInnen künftig die Entgeltstrukturen in ihrem Unternehmen auf Benachteiligungen hin überprüfen. War in einer früheren Fassung des Gesetzesentwurfes hier noch eine verpflichtende Regelung vorgesehen, soll dies nun nach Druck aus der Union und den Arbeitgeberverbänden auf freiwilliger Basis geschehen.

Kernstück des Gesetzesvorhabens ist allerdings der individuelle Anspruch von Beschäftigten gegenüber ihren ArbeitgeberInnen auf Auskunft über die Höhe des Entgelts für gleiche und gleichwertige Tätigkeiten im Unternehmen. Allerdings soll dieser nur in Unternehmen mit einer Größe ab 200 Beschäftigten gelten. Das schließt rund 60 Prozent aller weiblichen Beschäftigten von vornherein aus. Aber auch in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten dürfte sich das Gesetz als zahnlöser Tiger erweisen. So können die Beschäftigten nur über den durchschnittlichen Lohn und zwei Entgeltbestandteile Auskunft erhalten. Über Sonderzahlungen, Prämien und Zulagen, welche oft stark zur Schieflage beitragen, sind davon allerdings ausgenommen. In der Realität dürfte außerdem frag-



UNSER MANN IM BUNDESTAG
NORBERT MÜLLER DIE LINKE.

lich sein, wie viele Frauen tatsächlich von ihrem Anspruch Gebrauch machen. Schließlich wären die Frauen im Zweifelsfall gezwungen, gegen ihre ArbeitgeberInnen zu klagen.

Damit bleibt von dem vormals vollmundig als Entgeltgleichheitsgesetz angekündigten Vorhaben nicht mehr viel übrig. Ein Gesetz, das die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen ernsthaft angehen soll, muss Diskriminierung über Betriebsgrenzen hinaus bekämpfen. Außerdem müssen wirksame Instrumente geschaffen werden, um gegen Ungleichbehandlung vorzugehen und tatsächlich Entgeltgleichheit herzustellen. Vor allem muss aber die strukturelle Benachteiligung von Frauen endlich offensiv bekämpft werden. Anreize, die die althergebrachte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern befördern und Frauen von Erwerbstätigkeit abhalten, müssen beseitigt werden. Care-Arbeit muss aufgewertet und besser bezahlt und auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss weiter verbessert werden.

Der Nahverkehr muss wachstumsfähig werden

Der ÖPNV schont Klima und Umwelt und bietet zukunftsfähige Mobilität. Rund um Berlin stößt er jedoch langsam an seine Kapazitätsgrenzen. Das haben kürzlich veröffentlichte Ergebnisse der Korridoruntersuchungen für den Berliner Stadtumlandverkehr und für Brandenburg eindrucksvoll belegt. Es braucht einen neuen Nahverkehrsplan, der dem steigenden Bedarf gerecht wird: Bahnstrecken müssen ausgebaut werden, Taktzahlen steigen. Einen entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen (Drucksache 6/6070) habe ich in der Landtagssitzung im März vorgestellt und begründet.

Die Landesregierung hat am 07.02.2017 die Mobilitätsstrategie des Landes beschlossen. Damit ist ein wesentlicher Schritt zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes getan. Die Mobilitätsstrategie ist durch weitere Untersuchungen und Konzeptionen zu untersetzen und auch zu qualifizieren. Wir wollen als Ziel mehr Mobilität erreichen mit weniger Verkehr, we-

niger Luftverschmutzung und weniger Verkehrslärm. D. h., dass die klassische Verkehrswegeplanung nicht mehr ausreicht, um nachhaltige Mobilität zu sichern.

Dazu gehört auch die Fortschreibung des Landesnahverkehrsplans im Jahr 2017. Und es liegt der Entwurf des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin Brandenburg vor. Alles muss miteinander verzahnt werden, denn das eine – Mobilität und LNVP – kann ohne das andere – LEP – nicht funktionieren.

Die Landesnahverkehrsplanung muss auch eng mit der Strategie „Stadtentwicklung und Wohnen“ korrespondieren. Wir würden es begrüßen, wenn Standorte in Bahn- oder S-Bahnnahe besonders in den Fokus gerückt werden und die Stadt der kurzen Wege viel Verkehr vermeiden kann.

Lärm- und Schadstoffbelastung reduzieren – Start des Modellversuchs in der Zeppelinstraße im Juni

Ich halte die in der Zeppelinstraße ge-



LANDTAG UND KOMMUNE
ANITA TACK DIE LINKE.

planten Maßnahmen für einen Schritt in die richtige Richtung und unterstütze sie. Seit Jahren werden Grenzwerte überschritten und die Gesundheit und Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner beeinträchtigt. Sollten die Maßnahmen dazu beitragen, den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren und den Umweltverbund zu stärken, so wäre das ein großer Erfolg. In diesem Sinne appelliere ich an alle, die nicht wirklich auf das Auto angewiesen sind, die verbesserten Angebote des ÖPNV und für Radfahrer auch zu nutzen – im Interesse der Gesundheit, der Umwelt und der Lebensqualität an diesem wichtigen Verkehrsweg.

Anita Tack (Mdl)

„Der nächste Schritt zur Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses muss kommen“

Die Reform des Unterhaltsvorschlusses (UVG) soll zum 1. Juli 2017 in Kraft treten, diesen Antrag der Bundesregierung beschloss der Bundesrat im Februar. Nun muss der Bundestag endgültig entscheiden. „Brandenburg hat dem Vorschlag zugestimmt, aber seine Kritik in einer Protokollerklärung festgehalten“, darauf verweist Brandenburgs Sozialministerin Diana Golze (LINKE).

Bisher zahlt der Staat Unterhaltsvorschluss für Kinder, für die ein Elternteil keinen Unterhalt zahlt, bis zum 12. Lebensjahr und höchstens 6 Jahre lang. Die Neuregelung bedeutet nun: Anspruch auf Unterhaltsvorschluss sollen Kinder bis zum 18. Lebensjahr haben – und zwar auch bis zu 18 Jahre lang. „Ich begrüße diese beiden wichtigen Fakten, für die ich mich jahrelang im Bundestag engagiert habe“, freut sich Diana Golze.

Der Schritt in die richtige Richtung, um Kinderarmut einzudämmen, ist jedoch eher klein ausgefallen. Denn der Pferdefuß steckt im Detail: Nur so genannte „Aufstocker“ oder Menschen mit höherem Einkommen haben einen Anspruch. Väter oder Mütter, die verheiratet sind – entweder mit dem ehemaligen oder einem neuen Partner, gehen leer aus. In der Stellungnahme Brandenburgs im Bundesrat heißt es daher eindeutig, dass die Neuregelung deshalb kritisiert wird, „weil damit der Unterhaltsvorschluss für Kinder ab dem vollendeten 12. Lebensjahr im Ergebnis in eine bedürftigkeitsabhängige Leistung ... umgewandelt wird.“ Die Rot-Rote Landesregierung befürchtet damit eher eine Verfestigung des SGB II-Leistungsbezuges und damit eine weitere Stigmatisierung betroffener Familien.

„Die Einschränkungen für Kinder, deren alleinerziehende Eltern über kein eigenes oder nur ein geringes Einkommen verfügen, sind der Wermutstropfen“, betont Ministerin Diana Golze. „Wir wissen, dass etwa die Hälfte der Alleinerziehenden keinen oder zu wenig Unterhalt bekommt. Und ein großer Teil der Alleinerziehenden ist auf Arbeitslosengeld II angewiesen. Doch auch deren Kinder sollten von der Ausweitung des UVG profitieren. Dieser nächste Schritt muss kommen, vielleicht auf Initiative einer neuen Bundesregierung nach der Wahl im September. Grundlage dafür könnte die von Brandenburg im Bundesrat geforderte Evaluation des UVG sein.“

Hartnäckigkeit lohnt sich – Uferweg am Wasserwerk wird gebaut

Im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan zur Speicherstadt ist intensiv über die Führung des Uferwegs diskutiert worden. Aufgrund des unmittelbar am Ufer stehenden denkmalgeschützten Speichers wurde der Weg vom Wasserweg über das Grundstück geführt. Diesen Kompromiss mussten wir zähneknirschend hinnehmen. Als sich 2012 dann herausstellte, dass auch im Uferbereich hinter dem Wasserwerk in der Leipziger Straße wegen des Trinkwasserschutzes auf einen Uferweg verzichtet werden sollte, hat die Linksfraktion heftig protestiert. Wir konnten uns mit unserer Forderung durchsetzen, dass in Gesprächen mit dem Land nach Möglichkeiten gesucht werden sollte, wie der Bau des Uferweges mit den Belangen des Trinkwasserschutzes vereinbart werden kann. Im Ergebnis von energischen Auseinandersetzungen mit dem Umweltministerium und mit der Stadtverwaltung konnten wir durchsetzen, dass der Uferweg gebaut wird. Mit der EWP als Grundstückseigentümerin wurde Einigkeit über die Nutzung des Uferstreifens als öffentlicher Weg erzielt und eine entsprechende Vereinbarung erarbeitet. Als diese Voraussetzungen erreicht waren, stellte sich heraus, dass die Finanzierung des Vorhabens nicht gesichert war, weil es Schwierigkeiten mit der Landesförderung gab. Unseren Antrag zur Aufnahme des Uferweges in den Haushaltsplan 2015/2016 lehnte die Rathauskooperation ab. Anfang 2016 ist durch Presseanfragen bekannt geworden, dass der Uferweg frühestens ab 2019 finanziert werden kann.

Wir haben nicht locker gelassen. Durch einen erneuten Vorstoß im vergangenen Jahr konnten wir erreichen, dass die Feinplanung des Uferweges mit etwa 70.000 Euro durch die Stadt finanziert werden soll. Das ist auf unseren Antrag hin konkret in den Haushaltsplan 2017 aufgenommen worden. Jetzt ist durch glückliche Umstände eine zeitnahe Förderung über den Stadt-Umland-Wettbewerb möglich geworden, so dass der Uferweg in der Speicherstadt in greifbare Nähe gerückt ist. Hartnäckigkeit lohnt sich!

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Kunst- und Kreativhaus „Rechenzentrum“ hat Zukunft in Potsdam

Die Linksfraktion des SVV war zu Gast im Rechenzentrum – dem Haus mit den denkmalgeschützten Mosaiken, das heute ein florierender Ort für Kreative aller Genres ist. Dieser Raum auf vier Etagen ist für Künstlerinnen und Künstler wichtig, aber ebenso für die gesamte Stadt. Potsdam braucht diesen Ort. Dafür setzt sich DIE LINKE vehement ein.

Zur Erinnerung: Das Rechenzentrum sollte abgerissen werden, weil es auf dem Areal des Kirchenschiffs der Garnisonkirche steht. Wir stellten im Januar 2015 den Antrag auf längerfristige Nutzung des Rechenzentrums als Kreativraum. Am 1. Juni 2016 beauftragten wir den Oberbürgermeister, alle erforderlichen Gespräche zu führen, um einvernehmlich mit allen Beteiligten die rechtlichen Voraussetzungen für die Betreibung des Rechenzentrums über die jetzt bestehende Befristung bis 2018 hinaus für die dort tätigen Kreativen zu erwirken.

Ist-Stand: Inzwischen ist das Projekt Rechenzentrum ein großer Erfolg. Das konnten wir bestätigt sehen. Die Sprecherinnen des Rechenzentrums führten uns durch das Haus, in dem viel passiert, in dem Kunst produziert wird, in dem man in gutem



Kontakt ist. Umfangreiche Aktivitäten, wie in der Weihnachtszeit, zu „Potsdam im Licht“, Workshops und Filme beweisen das einer breiten Öffentlichkeit. Viele Kreative wollen mit anderen hier wirken, denn auch die Atmosphäre ist besonders. Das Haus ist mit über 250 Kunstschaaffenden ausgebucht. Dieses in seiner Art einmalige Vorhaben sollte von Dauer sein. Wir wollen, dass alle dazu erforderlichen rechtlichen Regelungen und Beschlüsse vorbereitet werden.

Prognose: Nach von der Stadtverwaltung erarbeiteten Szenarien, gibt es eine reale Chance für eine dauerhafte Weiterbetreibung des Hauses. Das ist in jedem Fall für die nächsten fünf Jahre möglich. Viele Fragen sind zwar noch offen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass das Kreativhaus neben dem Turm der Garnisonkirche eine dauerhafte Zukunft hat. Das Rechenzentrum gehört zum Stadtbild, zu unserer Geschichte und hat viel Potential!

Dr. Karin Schröter



Lösungsvorschläge für Potsdamer Verkehrsprobleme

„Antenne Brandenburg“ lud ein zur Podiumsdiskussion. Oliver Glaser (VIP), Christian Große (1. Beigeordneter aus Werder), Norman Niehoff (Stadtverwaltung Potsdam), Jörg Becker (ADAC) und ich diskutierten mit dem Moderator Alexander Dieck und dem Publikum Potsdamer Verkehrsprobleme. Ich habe herausgestellt, dass alle Verkehrsarten ihren Beitrag leisten müssen, dass wir bessere Gehwege und Radwege brauchen, mehr ÖPNV und Straßen für einen flüssigen Verkehr im Straßennetz. Bezüglich des ÖPNV bestand Einigkeit; Herr Glaser merkte jedoch an, dass mehr ÖPNV zusätzliches Geld kostet. Ich war mir mit Herrn Große und dem Publikum einig, dass insbesondere dichtere Takte der Regionalbahnen erforderlich sind, um für Pendler Alternativen zum Auto anzubieten.

Bereits in 2015 habe ich Ministerin Schneider vorgeschlagen, alle RE 1 um einen Wagen zu verlängern, alle RE 1 in Charlottenhof und Park Sanssouci halten zu lassen, was den Takt dort verdoppeln würde, und zusätzliche Züge über Golm nach Berlin zu führen. Diese Vorschläge hat das Land bisher abgelehnt. Wir wollen nun gemeinsam mit Werder dafür kämpfen. In der Debatte gab es Vorschläge, die Umweltzone für die Zeppelinstraße vorzusehen. Herr Niehoff glaubt, das bewirke nichts. Herr Dr. Naumann jedoch hat nachgewiesen, dass allein dadurch bereits die Stickoxide unter die Grenzwerte gesenkt werden könnten! Womöglich wollen einige das gar nicht, weil dann der Vorwand zur Verengung der Zeppelinstraße entfele. Die Verengung halte ich für ein untaugliches

Vorhaben, das keinesfalls die Anzahl der Fahrzeuge um 5.000 KFZ pro Tag verringern wird. Staus und Umwegsverkehre werden die Folge sein. Dauerhaft kann hier nur eine Umgehungsstraße mit einer dritten Havelbrücke Abhilfe schaffen, die die Innenstadt um mehr als 6.400 Fahrzeuge entlasten würde. Die ganze Ortsumgehungsstraße bis zur Nuthestraße wäre ein echter Befreiungsschlag für Potsdam. Das Publikum hat meine Einschätzung mit Beifall bedacht. Wir müssen schauen, wie wir mit besserem ÖPNV und mit dem Planbeginn der OU Potsdam nachhaltig den Verkehr in Potsdam bessern können.

RALF JÄKEL
Vorsitzender im Bauausschuss,
Mitglied im KOUL-Ausschuss

Sozialreformer und Wegbereiter des genossenschaftlichen Siedlungsbaus

Zusatztafel am Straßenschild in Würdigung der Verdienste Adolf Damaschkes (1865 bis 1935)

Wer bitte war Adolf Damaschke, warum heißt der Weg in der Siedlung Eigenheim so und was hat es mit der Damaschke-Bank auf sich? Die Bewohner der Siedlung Eigenheim in der Teltower Vorstadt wissen das genau. Die Siedlung wurde 1922 von den Mitgliedern des „Bundes Deutscher Reformer“ gegründet. Deren Vorsitzender war Damaschke. 273 Parzellen zu je 1300 m² gingen an die ersten Siedler. Damaschke hatte besonders im Kampf gegen Bodenspekulation mit seinen sozialen Ideen das politische Denken und Handeln in seiner Zeit stark beeinflusst. So gelang es, 1919 in die Weimarer Verfassung den „Bodenreform-Artikel“ aufzunehmen, mit dem eine sozial gerechtere Bodenverteilung und -nutzung unter staatlicher Aufsicht geregelt wurde.

In dem Wissen um die Verdienste des Pädagogen und Reformers war es den Eigenheimsiedlern ein Anliegen, aus Anlass dessen 150. Geburtstages im Jahr 2015 die Anbringung einer erklärenden Zusatztafel an dem vorhandenen Straßenschild an der Ecke Heinrich-Mann-Allee anzuregen. Der Kontakt zur Fraktion DIE LINKE war bereits in dem Bemühen um die Sanierung der Damaschke-Bank hergestellt. So war es naheliegend, gemeinsam auch für die Zusatztafel einzutreten. Ein entsprechender Antrag wurde auf Vorschlag der Linksfraktion eingebracht und von den Stadtverordneten im März 2016 beschlossen.

Fast auf den Tag genau zwei Jahre später,



am 06. März 2017, hat der Oberbürgermeister im Beisein vieler Siedlungsbewohner, von Vertretern des VGS und der (Mit)autorin des Buches „Die Siedlung Eigenheim in Potsdam; Vom Wandel eines Zeitzeugnisses der Bodenreformbewegung um Damaschke“, Prof. Waltraud Schmidt, selbst Urgestein der Siedlung, dieses Zusatzschild enthüllt und dabei das Wirken von Damaschke auch in Beziehung zur Eigenheimsiedlung gesetzt. Der 2. Vorsitzende des Siedlungsvereins Wolfgang Eich be-

richtete über die Aktivitäten, um das Zusammenleben, die Verbundenheit zur Siedlung, die Heimatkunde und -pflege zu fördern, die Idee von Damaschke weiterzuführen. Und das, obwohl sich inzwischen vieles geändert hat: Die Siedler sind jetzt Grundstückeigentümer, die Grundstücke dürfen verkauft und nicht mehr wie früher, nur vererbt werden. Trotzdem scheint der „Geist“ von Damaschke noch heute in der 40 Hektar großen Siedlung zu wirken.

Dr. Sigrid Müller

Der Wert der Neumitglieder

Ein großes Ziel der Parteiarbeit ist es, Neumitglieder zu gewinnen. Sinkende Mitgliederzahlen stellen die größte Bedrohung für die demokratischen Parteien dar, und überall wird nach dem heiligen Gral der Mitgliederwerbung gesucht.

Gestandene Parteimitglieder sind in der Arbeit durch wiederkehrende und automatische Tätigkeiten bei den Wahlen gefordert. Hier schleichen sich Gewohnheiten und Muster bei der Durchführung ein. Es entsteht ungewollt ein Tunnelblick in der Wahrnehmung der Situation. Dies führt zu einer „Blase“, aus der ein Blick heraus sehr schwer fällt.

Gerade Neumitglieder bieten aber einen unvoreingenommenen Blick auf die Welt außerhalb der Partei. Sie liefern wichtige Informationen und bieten ungeahnte Potentiale zur Weiterentwicklung. Hier gilt es den Schwung der Neuen zu nutzen und frischen Wind hineinzulassen.

In eine Partei einzutreten ist kein alltäglicher Schritt. Er wird von den Neumitgliedern sorgfältig abgewogen. Somit ist es unsere Pflicht und Verantwortung, die



Der Autor Frank Groß

Energie und Motivation der Neuen aufzunehmen und in Projekte münden zu lassen. Eine gelebte Kultur des Willkommens ist das Beste, was Neumitglieder motiviert, in der Partei aktiv zu sein.

Wir sollten den Neumitgliedern zeigen, dass wir an Ihren Vorstellungen, Wünschen und Werten interessiert sind. Dieser unvoreingenommene Blick aufeinander bringt uns einander viel schneller näher.

Ich lade alle und besonders erfahrene Mitglieder ein, aktiv an der Integration der Neumitglieder mitzuwirken. Gern vereinbaren wir Gesprächsrunden um einander näher zu kommen. Eine sehr gute Möglichkeit zum Kennenlernen ist unser sonntags stattfindendes WAHLFRÜHSTÜCK. KONTAKT: <http://bit.ly/2mYiJgx>

Frank Groß

I LIKE DIE LINKE.
BRANDENBURG

Landesparteitag: Wir wollen eine beitragsfreie Kita

Auf ihrem Landesparteitag am Sonntag, 26. März 2017, haben die Delegierten der Partei DIE LINKE.Brandenburg u.a. einen Initiativantrag für die Elternbeitragsfreiheit für das erste Kitajahr ab August 2018 beschlossen. „Wir wollen, dass jedes Kind in Brandenburg eine Kita besuchen kann und das kostenfrei! Dass wir das nicht von heute auf morgen schaffen, ist klar. Aber wenn wir nicht endlich damit anfangen, erste Schritte zu gehen, verschieben wir es auf den Sankt-Nimmerleinstag! Die Kinder sind aber jetzt da und die Eltern können nicht warten, bis die Sozialdemokraten mit ihrer Kommission einen Vorschlag gebären“, so der Landesvorsitzende Christian Görke.

Ralf Christoffers ging in seiner Rede u.a. auf das Thema Europa ein. „Nationalstaaten alleine können die Herausforderungen nicht lösen. Es braucht eine europäische Zusammenarbeit. Auch wir LINKE brauchen ein positives Verhältnis zu Europa“, betonte der Vorsitzende der Landtagsfraktion. Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Thüringer LINKEN, berichtete von der Arbeit der LINKEN in der dortigen Landesregierung: Rot-Rot-Grün wirkt. Es ist nicht egal, wer regiert. Anja Mayer, mit 90,3 Prozent der Delegiertenstimmen zur neuen Landesgeschäftsführerin gewählt, betonte, dass die Landesgeschäftsstelle Anlaufstelle für alle GenossInnen und das Lothar-Bisky-Haus ein Haus für die Probleme und Sorgen der BürgerInnen sein muss.

AKTUELL ZITIERT

„Wenn Religion Opium für das Volk ist, dann ist Schulz das LSD der SPD.“

Sascha Krämer,
Kreisesvorsitzender DIE LINKE.Potsdam



Fragen an die SPD

Die SPD hat in der Zwischenzeit den Wechsel an ihrer Spitze vollzogen: Martin Schulz wurde zum neuen Parteivorsitzenden gewählt - mit 100 Prozent der gültigen Stimmen. Anschließend wurde Schulz per Akklamation auch offiziell zum Kanzlerkandidaten bestimmt. In seiner Rede versprach er mehr Lohngerechtigkeit, gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Studium sowie ein hartes Vorgehen gegen Alltagskriminalität. Die EU sei die Antwort auf »globale Unsicherheiten«, so Schulz. Ein Wahlprogramm will die SPD erst im Juni beschließen.

Dass es zum Teil inhaltliche Übereinstimmungen mit der SPD gibt, begrüßte der Fraktionschef der LINKEN im Bundestag, Dietmar Bartsch. Jedoch müssten die Sozialdemokraten unter ihrem neuen Vorsitzenden Martin Schulz ihre Glaubwürdigkeit jetzt unter Beweis stellen, indem sie konkrete Vorhaben umsetzen.

Der Potsdamer Kreisvorsitzende der LINKEN Sascha Krämer meint: „Wenn Religion Opium für das Volk ist, dann ist Schulz das LSD der SPD.“ Und auf der website der Potsdamer LINKEN ist zu lesen: Wenn alle in der SPD wieder nüchtern sind, können wir ja dann vielleicht mal über Politik reden. Oder anders – konkret werden:

Wie hoch soll denn die Einkommensteuer sein, damit kleine und mittlere Einkommen entlastet und hohe angemessen belastet werden?

Wie sieht das SPD-Konzept zur Vermögenssteuer aus?

Wie hoch soll das Rentenniveau liegen und wie hoch eine armutsfeste Mindestrente?

Wieviel will die SPD in die öffentliche, soziale und kulturelle Infrastruktur investieren?

Bleibt es bei deutschen Waffenexporten oder gibt es dazu zukünftig ein Nein?

Was wird aus den Hartz-IV-Sanktionen?

Wie hoch soll nach SPD-Vorstellungen der Mindestlohn liegen?...

Es ist mehr als bezeichnend, dass jemand, der nichts Konkretes sagt, in der SPD 100 Prozent bekommt.

Wer wissen will, wie DIE LINKE diese und andere Fragen beantwortet, bitte schön: <https://www.die-linke.de/die-linke/wahlen/wahlprogramm-2017/>

Die AfD und Björn Höcke – Tragödie oder Farce

Ist die AfD eine konservative oder eine neofaschistische Partei? Während Frauke Petry eher für eine wertkonservative Positionierung der Partei wirbt, steht Björn Höcke mit seinen Äußerungen klar für die zweitgenannte Ausrichtung. Dies hat Andreas Kemper vor einem Jahr in einer Studie für die RLS herausgearbeitet.

Zur Analyse der AfD lohnt aber auch ein Blick in die Geschichte. Vor allem zwei Sachverhalte sind dabei von Interesse. Frankreich 1851 und Deutschland 1933 - in einem Fall eine konservativ-bürgerliche und im zweiten Fall eine reaktionärfaschistische Diktatur. Über beide liegen ausgezeichnete Analysen von Karl Marx und August Thalheimer vor. Ein Blick in diese Arbeiten lohnt, da sich Analogien zwischen beiden historischen Ereignissen und der heutigen Situation um die AfD abzeichnen.

Zum einen fallen eine Republik- bzw. Demokratiefeindlichkeit und die soziale Zusammensetzung der Anhänger auf. Die „Gesellschaft des 10. Dezember“ war die Partei, mit deren Hilfe sich Louis Napoleon 1851 an die Staatsspitze der Republik putschte und Frankreich in eine reaktionäre Diktatur führte. Sie bestand aus „Deklassierten aller Klassen“. Das waren im Wesentlichen großstädtisches Lumpen-

proletariat, Kleinbürger und reaktionäre Bauern. Die NSDAP war die Partei, die 1932 die Reichstagswahlen gewinnen konnte und mit Adolf Hitler an der Spitze die Weimarer Republik in eine faschistische Diktatur umwandelte. Sie bestand ebenfalls aus Deklassierten aller Klassen. Zu nennen wären klassenunbewusste Proletarier, das Kleinbürgertum und ehemalige Soldaten.

Die AfD versteht sich ausdrücklich als Alternative also Gegenentwurf zum aktuellen politischen System. Auch wenn die konkrete Zielvorstellung noch unscharf ist,

wären sie wieder die „Deklassierten aller Klassen“

Zum anderen finden sich Analogien in programmatischen Schwerpunktsetzungen. Vor allem die Verbindung von Sozialpolitik mit nationaler Frage und einer starken Regierung fällt ins Auge.

Schon 1848 war der Erfolg der „Gesellschaft vom 10. Dezember“ vor allem in den drei zentralen programmatischen Schwerpunkten einer gefestigten Regierung, sozialer Konsolidierung und nationaler Größe begründet. Die NSDAP punktete ebenfalls mit diesen Forderungen und ergänzte sie vor allem um einen rasenden Antisemitismus.

Alle drei Punkte finden sich auch im Programmwurf der AfD, freilich ohne Antisemitismus – dafür aber entsprechend dem Zeitgeist um Antiislamismus ergänzt.

Es bleibt die Frage, ob der frühere Geschichtslehrer Björn Höcke eine Farce von Napoleon III. oder Hitler ist.

Christian Wienert (FOTO)



beschreibt sie das aktuelle politische System als „illegitimen Zustand“. Wir wissen, dass die AfD hauptsächlich von Arbeitern gewählt wurde, die sich von anderen Parteien nicht mehr vertreten fühlen. Dazu kommen sehr konservative und reaktionäre Wählerschichten, die angesichts der politischen Krise ihren sozialen Abstieg fürchten. Da

Aufruf zum POTSDAMER OSTERMARSCH 2017

Sonnabend, 08. April 2017, ab 14.00 Uhr/Start: Brandenburger Tor

Ohne Frieden ist alles nichts ... aber die Gefahr von weiteren Kriegen wächst, in Europa und der Welt! Milliarden gehen bereits in die Rüstung, nun sollen es noch mehr werden: US-Präsident Trump hat angekündigt, 53 Mrd. Dollar mehr zu investieren. Die NATO hat sich 2014 für ein 2% Ziel ausgesprochen und die deutsche Verteidigungsministerin bekräftigt, dass auch hierzulande 2 % des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung ausgegeben werden sollen. Für Deutschland wäre das ein Anstieg von 35 Mrd. auf 55 Mrd. Euro. Und wofür? Auf welche Einsatzszenarien will man sich vorbereiten? Wo sollen deutsche Soldaten demnächst eingesetzt werden?

Dem gegenüber steht eine permanente Unterfinanzierung wichtiger Bereiche unseres Lebens. Schließlich geht es um eine allgemein zugängliche öffentliche Daseinsvorsorge, um Arbeitsplätze, preiswertes Wohnen, um ein hohes Niveau an Bildung, um Partizipation und die Achtung der Menschenrechte. Dies sind die Voraussetzungen dafür, dass Menschen in Sicherheit und



friedlich zusammenleben können. Wo bleiben die Investitionen in diese Bereiche. In der Mitte Europas herrscht seit mehr als 70 Jahren fast überall Frieden - ein Privileg, das Menschen sonst fast nirgends auf der Welt genießen. Die weltweiten Kriege sind vor unserer Haustür angekommen. Hunderttausende Menschen aus den Konflikt-herden der Welt suchen Schutz in Europa. Sie geben Haus und Hof, Hab und Gut auf und fliehen, um das nackte Leben zu retten.

Statt wirksam an der Lösung von Kon-

flikten, an der Beseitigung von Konfliktursachen zu arbeiten, reagieren die Europäische Union und die deutsche Bundesregierung mit Abschottung und Gewalt. Sie führt Flüchtlinge über das Mittelmeer zurück und bezahlt Diktatoren wie Erdogan, um sie von Europa fernzuhalten.

Die Spirale der Gewalt, getragen von Waffenexporten und weltweiten Militäreinsätzen, muss endlich gestoppt werden! Wir brauchen ein verbindliches weltweites Sicherheitssystem unter Führung der Vereinten Na-

tionen. Militärische Alleingänge einzelner Staaten oder Bündnisse müssen von der Weltgemeinschaft konsequent geächtet werden. Die weltweiten Waffenexporte müssen unverzüglich und ausnahmslos gestoppt werden! Krieg darf nicht erneut zum Mittel der Politik werden.

Darum ist es notwendig, für den Frieden aufzustehen! Zusammen mit anderen friedliebenden Kräften in dieser Stadt rufen wir Sie auf: Kommen Sie zum Potsdamer Ostermarsch 2017 und setzen Sie ein starkes Zeichen für eine friedlichere Welt!

Fanfarenzug startet am 1. Mai

Am 1. Mai um 14.30 Uhr startet die SG Fanfarenzug Potsdam e.V. im Sportpark Luftschiffhafen mit seiner Saisonöffnung in die Auftritts- und Wettbewerbsaison 2017 und lädt alle Musikfreunde und Fans herzlich ein, diesem Ereignis beizuwohnen. Die Musiker präsentieren ihre aktuelle Musikschau, welche im Winter überarbeitet wurde.

Da sie voraussichtlich lediglich am 1. Mai in Potsdam zu sehen sein wird, sollte sich kein musikbegeisterter Potsdamer diese Möglichkeit entgehen lassen. Die Show-Elemente werden nicht nur anlässlich der Saisonöffnung für Begeisterung auf den Publikumsrängen sorgen, sondern hoffentlich auch den Grundstein für die 10. Titelverteidigung anlässlich der am 17. Juni 2017 anstehenden 27. Fanfaronade in Großbräsen legen. Auf diesen jährlichen Saisonhöhepunkt bereiten sich die Mitglieder des Potsdamer Fanfarenzuges bereits mit intensivem Training vor.

Ein ganz besonderes Wettbewerbshighlight des Jahres 2017 ist ihre Teilnahme am World Music Contest in Kerkrade/Niederlande. Da dieser Wettbewerb lediglich alle 4 Jahre ausgetragen wird, nennen sie ihn gern auch „unsere olympischen Spiele“.

Traditionsgemäß darf natürlich die Musikschau des Nachwuchses des Fanfarenzuges nicht fehlen.



Für die „Adlerküken“ ist der 1. Mai eine schöne Möglichkeit zu zeigen, welche Fortschritte in den letzten Monaten gemacht wurden und oftmals der erste Auftritt vor einem großen Publikum.

Nach ihrem erfolgreichen Wettbewerbsdebüt zum Festival der Klänge 2016 in Hirschfeld, präsentieren sie am 1. Mai neben dem Showprogramm ihren Siegermarsch.

Nicht nur für Eltern und Großeltern der Jüngsten ein sehr emotionaler Moment.

Als musikalischen Gast begrüßen die Potsdamer das Jugendblasorchester Kleinmachnow, welches bereits im Jahr 2016 für Begeisterung sorgte.

Natürlich gibt es auch in diesem Jahr wieder die große Spiel- und Aktionsfläche für die jüngeren Besucher und für das leibliche Wohl ist auch gesorgt.

Wer braucht einen historischen Rundweg im Park Babelsberg?

Im Streit um die Zukunft des Seesportclubs am Strandbad Babelsberg hat sich die örtliche LINKE mit der grundsätzlichen Frage zu Wort gemeldet, ob der von der Schloßerstiftung geplante historische Rundweg, für den der Seesportclub und das Strandbad Babelsberg umziehen sollen, wirklich gebraucht werden. Der Ortsvorsitzende der Babelsberger LINKEN, Michél Berlin, stellte die Frage in den Raum „Wer braucht einen historischen Rundweg im Park Babelsberg? Der Park bietet seinen Besuchern bereits jetzt zahlreiche Erholungsmöglichkeiten. Sein historischer Wert ist auch ohne diesen Rundweg gut erlebbar. Öffentliche Wassersportmöglichkeiten sind in der Landeshauptstadt hingegen eher rar.“

Die LINKE.Babelsberg/Zentrum Ost fordert die Landeshauptstadt Potsdam und die Schloßerstiftung daher auf, sich ernsthaft mit dem auslaufenden Pachtvertrag des Potsdamer Seesportclubs am Tiefen See auseinander zu setzen. Mit Blick auf die jüngste Antwort des städtischen Rechtsamtes zu diesem Thema verwies Berlin darauf: „Paragrafenreiterei hilft niemandem weiter. Ich erwarte, dass sich alle an einen Tisch setzen, um eine einvernehmliche Lösung zu finden. Dabei müssen sich alle bewegen. Und vielleicht wäre dabei auch einmal die Grundsatzfrage zu klären, ob



ein zusätzlicher historischer Spazierweg wirklich wichtiger ist als eine lebendige Stadtkultur.“

„Der Verein hat eine breitensportliche Wirksamkeit und wird als anerkannter Landesleistungszentrum des Landessportbundes Brandenburg eingestuft. In der Vereinsjugend - die überwiegend aus Babelsberg kommt - trainieren 30 Kinder und Jugendliche im Alter von 8 bis 21 Jahren. Der Monatsbeitrag beträgt ein Euro pro Kind. Somit können auch Kinder aus finanziell schwachen Familien Segelsport betreiben.

Potsdam ist auch eine Stadt des Wassers. Der Seesporthafen ist Heimat für viele Potsdamer Wassersportler. Zugleich ist er auch beliebter Anlaufpunkt für internationale Bootsfreunde. Damit unterstützt der Seesportclub Potsdams Ambitionen als Sport- und Tourismusstadt. Der Seesportclub würde der SPSP entgegenkommen, in dem der Verein die Höhe der Gebäude verringert und eine Pacht zahlt. Hier könnte die Stiftung Geld einnehmen, um das Vorhandene instand zu halten“, ergänzt der Kreisvorsitzende Sascha Krämer.

SV Babelsberg 03: Rettung durch Stadionverkauf?

Die Stadt Potsdam greift nun wohl dem SV Babelsberg unter die Arme und verkauft das Karl-Liebknecht-Stadion. So sollen die hohen Schulden des Vereins bei der Deutschen Kreditbank getilgt werden.



Die Stadt ist derzeit Eigentümer des Stadions. Laut der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“ sehe der Plan nun vor, dass die kommunale Bauholding Pro Potsdam das Grundstück übernimmt und dafür 1 Mio. Euro der Vereinsschulden bei der DKB abbezahlt. Die Gesamtschulden des SV Babelsberg belaufen sich auf etwa 1,8 Mio. Euro. Laut Medienberichten würde die DKB dann auf die restlichen 800.000 Euro verzichten.

Dafür müsste die Bauholding Pro Potsdam einen Kredit aufnehmen, dessen Zinsen wiederum die Stadt Potsdam begleicht. So solle die Pro Potsdam letztlich von Belastungen freigestellt werden. Diesem Vorhaben müssen die Stadtverordneten jedoch noch zustimmen.

Der SV Babelsberg wäre damit nahezu schuldenfrei und würde aufgrund des Erbbaurechtsvertrages bis 2042 Pächter des Karl-Liebknecht-Stadions bleiben. Der Verein soll allerdings trotzdem zur Verantwortung gezogen werden und rund 200.000 Euro zur Entschuldung beisteuern. Das schrieb die „Stadionwelt“.

In den „PNN“ war zu lesen: „In der Vergangenheit hatte es immer wieder Rettungsversuche für den SVB in Potsdam gegeben: 2011 hatten die Potsdamer Stadtverordneten – ohne die Stimmen der CDU – einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 700.000 Euro für den Verein abgesehen. Der war Bedingung für eine damals dringend benötigte 1,5-Millionen-Euro-Bürgschaft der DKB für den Kiezklub, der mit der Wahl eines neuen Vorstands damalige Filz-Vorwürfe, Stasi-Verstrickungen und Finanz-Unregelmäßigkeiten der früheren Spitze hinter sich lassen wollte. Zuvor soll der ehemalige Stadtwerke-Chef Peter Paffhausen Etablücken des Vereins mit freigegebenen Bürgschaften ausgeglichen haben, einer der zentralen Vorwürfe der damaligen Stadtwerke-Affäre, die zum Rücktritt Paffhausens führte.“

Der Filmpark Babelsberg startet in die Saison 2017

Ab 8. April heißt es im Filmpark Babelsberg wieder: Komm mit ... hinter die Kulissen! Exklusive Originalsets aktueller Filmproduktionen wurden für die neue Saison in Szene gesetzt. Die erfolgreichsten Events der Vorjahre werden 2017 ihr Remake finden. Neue Themenfeste kommen aus der filmischen Schatztruhe.

Die Backlot-Tour, eine Führung durch Originalkulissen Babelsberger Produktionen, wird 2017 noch attraktiver: Zusätzlich zum original GZSZ-Außenset, der Berliner Mauer aus dem „Baader Meinhoff Komplex“ und dem Military Camp aus „The Monuments Men“ ist auch das neue Außenset „Lummerland“ zu bestaunen. Das Set war Drehort der Kinoverfilmung „Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer“, die 2018 Premiere feiert.

Volle acht Stunden „Hasenspaß“ gibt es am Ostersonntag. Traditionell können bunte Ostereier bei jeder Menge Mitmachspielen versteckt, bemalt, gesucht, gerollt oder geknetet werden. Die besten Beauty-Tipps für prachtvolle Eier hat die Bastelwerkstatt. Zur

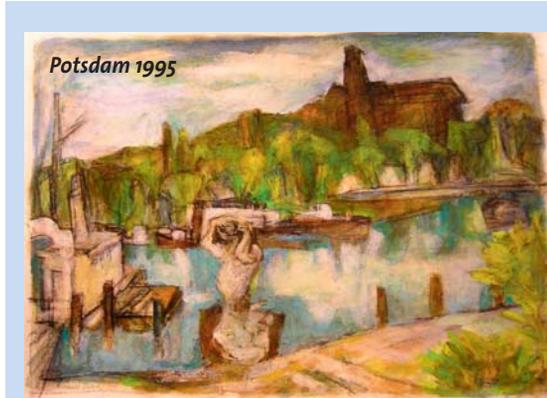
Mittagszeit wird die schönste Liebesgeschichte der Märchenwelt serviert. Die Tänzer vom TSV Berlin-Wittenau e.V. laden zu ihrem romantischen Ballettmärchen „Die Schöne und das Biest“ ein.

Der Event-Reigen geht weiter! Zur Walpurgisnacht am 30. April lässt der Fantasy-Film grüßen.

Elfen, Faun und Fabelwesen treiben ihren Schabernack. Mittele Erde schickt fantastische Wesen: Gandalf, Legolas und die Hobbits. Schlemmen und Schlürfen heißt es bei Hexeneintopf, Stockbrot, Maibowle und Met. Das große Hexenfeuer wird zur Nacht entfacht!

Auch der 55. Geburtstag von Pittiplatsch (17. Juni), das märchenhafte Kinderfest (24. und 25. Juni), der Cosplay-Fantag (15. Juli), Kinderhalloween (31. Oktober) und die monatlichen GZSZ-Autogrammstunden (Auftakt am 30. April mit Janina Uhse) stehen auf dem prall gefüllten Themenplan.

Die Horrornächte, alljährlicher Publikumsshit im Oktober, gehen mit sieben spannenden Nächten in die 8. Runde. Ab Freitag, 13. Oktober, heißt es wieder: „Schrei, wenn du kannst!“. Und die Monsterfamilie, in Spitzenzeiten mit über 200 Mitgliedern, soll weiter wachsen! Schon zur Walpurgisnacht am 30. April findet das erste Casting statt.



„Lebensorte“

Landschaften und Collagen von Harald Herzel

Unter dem Titel „Lebensort“ wurde eine Ausstellung mit Werken von Harald Herzel mit einer Vernissage am Dienstag, 14. März, im Landtagsgebäude auf dem Flur der Fraktion DIE LINKE im 2. Stock, festlich eröffnet.

Für Harald Herzel, 1941 geborenen, Maler, ehemaliger Binnenschiffer, Deutschlehrer, Kunsterzieher und Dozent der Universität Potsdam, ist die ästhetische Auseinandersetzung mit dem Genre „Landschaft“ mehr

als nur deren künstlerische Abschilderung. Gegenstand seiner Werke ist vielmehr eine ganz persönliche Beziehung zur Landschaft – auch zur Stadtlandschaft – als Lebensraum, als Ort der aktiven Teilhabe am Leben und damit der Sinnsuche.

Die Ausstellung, die Herzel für die Räume der Linksfraktion im Potsdamer Landtagsgebäude konzipiert hat, will Resümee seines Schaffens und künstlerischen

Standortbestimmung in einem sein. Sie enthält Werke mit konkretem Bezug zu den unterschiedlichen Orten, die in Herzels Leben zu verschiedenen Zeiten eine bedeutende Rolle gespielt haben – die Reise geht vom thüringischen Eichsfeld über Potsdam und die Mark Brandenburg bis nach Usedom an der Ostsee. Zur Neubildung seiner Lebenssituationen arbeitet Herzel mit künstlerischen Techniken von der Ölmalerei bis zur Collage.

| | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | 2 | 5 | 3 | | | |
| 1 | | | | | | | | 8 |
| | 5 | | | | | 9 | | |
| | 7 | | | | 9 | 4 | | 3 |
| | 9 | 8 | | 2 | | 5 | 6 | |
| 6 | | 4 | 5 | | | | | 8 |
| | | 3 | | | | | | 1 |
| 7 | | | | | | | | 4 |
| | | | 4 | 6 | 2 | | | |

SUDOKU

Auflösung März

| | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 6 | 1 | 7 | 2 | 8 | 9 | 4 | 3 | 5 |
| 8 | 3 | 9 | 6 | 5 | 4 | 1 | 7 | 2 |
| 5 | 2 | 4 | 7 | 3 | 1 | 9 | 8 | 6 |
| 4 | 5 | 3 | 1 | 2 | 8 | 6 | 9 | 7 |
| 9 | 7 | 1 | 3 | 4 | 6 | 5 | 2 | 8 |
| 2 | 8 | 6 | 9 | 7 | 5 | 3 | 4 | 1 |
| 3 | 6 | 2 | 4 | 1 | 7 | 8 | 5 | 9 |
| 7 | 9 | 5 | 8 | 6 | 3 | 2 | 1 | 4 |
| 1 | 4 | 8 | 5 | 9 | 2 | 7 | 6 | 3 |

Himmelfahrt im Wanderschnitt

Am 25.5.2017 soll es mit den LINKEN bergauf gehen. Der Treffpunkt zum Ausflug am Himmelfahrtstag ist an der Staßenbahn-Haltestelle Eduard-Claudius-Straße/Heinrich-Mann-Allee, Linien 91 und 93 stadtauswärts. Für Teilnehmer, die mit dem PKW kommen, sind Parkmöglichkeiten in der „kleinen“ Heinrich-Mann-Allee vorhanden. Unser Start ist für 11.00 Uhr geplant. Für die zu bewältigende Strecke rechnen wir – mit allen Informations- und Atempausen – mit höchstens einer Stunde.

Was uns auf dem Falkenhof erwartet, wird heute noch nicht verraten. Sicher aber könnt Ihr Euch auf ein leckeres Mittagessen gegen 13.00 Uhr freuen! Die um 14.30 Uhr beginnende Falkenschau dauert ca. 1 Stunde. Wer für den Rückweg ein Taxi bestellen möchte, kann das tun, weil der Fahrweg zum Falkenhof dafür zugelassen ist. Nicht zugelassen sind übrigens Hunde!

Wir bitten alle Ausflugsfreunde wie auch in den vergangenen Jahren um eine Anmeldung bis 10.5., am einfachsten unter unserer Tel.-Nr. 0ß331/87 29 33.

Hella und Rudolf Drohla

tipps & termine • tipps & termine •

Mittwoch, 05.04.2017, 18.30 Uhr: Die Fritz-Teppich-Bibliothek und die Akademie antifaschistische Bildung zeigen den Dokumentarfilm „Die alte neue Welt“ von Annelie und Andrew Thorndike. Ort: „freiland“, Haus 2.

Donnerstag, 06.04.2017, 18.30 Uhr: Erläuterungen zu Marx's „Kapital“ durch Bernd Kittler. Anschließend Diskussion und Fragen zum Film (siehe 05.04.) und zum Kapital. Ort: Haus 2 (Kaffee), „freiland“.

Sonabend, 08.04.2017, 10.00 – 12.00 Uhr: Frühjahrsputz Am Stern; Bürgerhaus Sternzeichen, Galileistraße 37/39 Anschließend Grillen am Bürgerhaus.

Sonntag, 09.04.2017, 10.00 Uhr: Frühschoppen Rathausreport Live im Kino-Cafe Konsum (am Thalia-Kino) Rudolf-Breitscheid-Straße 50

Donnerstag, 20.04.2017, 11.00 Uhr: Der Gesprächskreis Arbeitsgesetzbuch, ein Projekt der RLS, lädt ein zu einer öffentlichen Tagung zum Thema „Mitbestimmung in der DDR und der BRD – vergleichbar?“ Ort: Haus 1 kleiner Seminarraum im „freiland“.

Freitag, 21. und Sonnabends, 22. 04.2017: Info-Stände in den Stadtteilen mit Ausgabe des aktuellen „Rathausreports“.

Sonabend, 22.04.2017, 12.00 – 18.00 Uhr: Queensday Straßenfest - am 22. und 23.4. feiert das Holländische Viertel,

die schwul-lesbische Community Potsdams und das La Leander wieder.

Montag, 24.04.2017, 18.00 bis 20.30 Uhr: Rentenreform: „Wie weiter mit den Ost-Renten?“ Diskussionsveranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Potsdam Am Neuen Markt 9.

Mittwoch, 26.04.2017: In der Fritz-Teppich-Bibliothek im „freiland“ wird mit einer Buchlesung „Der rote Pfadfinder“ (Fritz Teppich) an den 80. Jahrestag der Bombardierung von Guernica erinnert.

Mittwoch, 26.04.2017, 19.00 Uhr: Kapitalismus verstehen / Teil I: Die kapitalistische Produktionsweise (Tausch, Wert, Mehrwert, Kapital) Vier-

teilige Seminarreihe der RLS mit dem Themenschwerpunkt „Kapitalismus und Nationalismus“ mit Markus Dunkel. „freiland“, Haus 2.

Donnerstag, 27.04.2017, 18.30 Uhr: RT (Russia Today) als politische Stimme Russlands - Beitrag zur Medienvielfalt oder russische Staatspropaganda? Vortrag und Diskussion mit Ivan Rodionov (Chefredakteur von RT (Russia today, deutsch) und Steffen Kludt (Vorsitzender der RLS Brandenburg), Moderation: Dr. Frank Schubert. Ort: RLS-Geschäftsstelle Dortustraße Potsdam.

Sonabend, 29.04.2017, 10.00 bis 18.00 Uhr: „Die neue Bewegung von rechts“. Tagung der RLS mit Vorträgen und Workshops zur Analyse der neuen rechten Bewegung und Diskussion von Gegenstrategien. Ort: Treffpunkt Freizeit,

Potsdam, Am Neuen Garten 64. Anmeldung bis zum 21. April 2017 per E-Mail an info@bbg-rls.de

Sonabend, 29.04.2017, 10.00 – 14.00 Uhr, Frühjahrsputz Drewitz. Treffpunkt am Wasserspielplatz Konrad-Wolf-Park. Anschließend Grillen (ab 12 Uhr).

Sonabend, 06.05.2017, 10.00 – 12.00 Uhr: Gesamtmitgliederversammlung des Ortsverbandes DIE LINKE. Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld im Saal im Bürgerhaus Sternzeichen, barrierefrei erreichbar, Galileistraße 37/39